

Landratsamt Erzgebirgskreis · Paulus-Jenissius-Straße 24 · 09456 Annaberg-Buchholz
31500-640

Posteingangsnummer: 4364			
W	TG	TX	P /
KG	ZWA Hainichen		MB TW N
K	09. DEZ. 2024		MB TW S
FA			MBA / S
Pers.			BB
PP	Labor	EDV	Teilnahme/Zuarbeit/Kennntnis
Org.	Bearbeitung		Termin

BLIC.
**LANDRATSAMT
ERZGEBIRGSKREIS**

Abteilung 3 Umwelt, Verkehr und Sicherheit
Referat Umwelt und Forst
SG Siedlungswasserwirtschaft

Gegen Empfangsbestätigung

Zweckverband
Kommunale Wasserver- und Abwasserentsorgung
Mittleres Erzgebirgsvorland
Käthe-Kollwitz-Straße 6
09657 Hainichen

Bearbeiter/in: Herr Gartmann
Dienstgebäude: Schillerlinde 6
09496 Marienberg
Zimmer-Nr.: 224
Telefon: 03735 601-6151
Telefax: 03733 831-6196
E-Mail: Bernd.gartmann@kreis-erz.de
Aktenplan-Nr.: 692.214
Datum: 02.12.2024

Aktenzeichen: 71793-2024-640
Vorhabensort: Grünhainichen, Grünhainichen, ~
Gemarkung/-en: Grünhainichen
Flurstück/-e: 4/7
Erweiterung Kläranlage Grünhainichen

Vollzug des Sächsischen Wassergesetzes (SächsWG) und des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG)

Das Landratsamt Erzgebirgskreis, als zuständige Wasserbehörde, erlässt gegenüber dem Abwasserzweckverband „Kommunale Wasserver- und Abwasserentsorgung Mittleres Erzgebirgsvorland“ mit Sitz Käthe-Kollwitz-Straße 6 in 09657 Hainichen (ZWA), vertreten durch den Geschäftsführer, folgende

**A
Entscheidung**

1. Die wasserrechtliche Genehmigung zum
 - 1.1 Neubau einer 2. Ausbaustufe der biologischen Reinigung, die geplante Anlage besteht aus nachfolgenden Komponenten:
 - Belebungsbecken $V_{BB} = 136 \text{ m}^3$
 - Nachklärbecken $V_{nutz} = 67 \text{ m}^3$
 - Schlamm-speicher $V_{eff} = 71 \text{ m}^3$
 - Rücklaufschlamm-, Überschussschlamm-pumpwerk
 - Bau eines Verteilerbauwerkes

Örtliche Lage – Standort der Abwasseranlage, Lagedaten nach ETRS89/UTM Zone 33N

Gemarkung	Grünhainichen
Flurstück-Nr.	4/7
Top-Karte	5244-NO Grünhainichen
Standort KA	Rechtswert 370489
	Hochwert 5625486
Gewässer	Flöha
Gewässergebietskennzahl	54268771

Sprechzeiten	Kontakt
Mo, Fr 08:00 – 12:00 Uhr	Telefon 03733 831-0
Di 08:00 – 18:00 Uhr	Telefax 03733 22164
Do 08:00 – 16:00 Uhr	E-Mail info@kreis-erz.de

Bankverbindung
Erzgebirgssparkasse
IBAN DE47 8705 4000 3711 0033 02
BIC WELADED1STB
USDNr DE 260 587 011

 **ERZGEBIRGSKREIS**
MEIN ZUHAUSE – MEINE ZUKUNFT

2. Die wasserrechtliche Erlaubnis zur Einleitung der gereinigten Abwässer in die Flöha

Örtliche Lage der Einleitstelle, Lagedaten nach ETRS89/UTM Zone 33N

Gemarkung	Grünhainichen
Flurstück-Nr.	415/1
Top-Karte	5244-NO Grünhainichen
Einleitstelle	Rechtswert 370511
	Hochwert 5625504
Gewässer	Flöha
Gewässergebietskennzahl	54268771
Einleitmenge	$Q_{\max} = 8,33 \text{ l/s bzw. } 30,0 \text{ m}^3/\text{h bzw. } 301 \text{ m}^3/\text{d}$

3. Die wasserrechtliche Entscheidung unter A Punkt 1 und 2 ergeht unter Einhaltung der unter B genannten Nebenbestimmungen.
4. Die wasserrechtliche Entscheidung ergeht gebührenfrei, Auslagen sind nicht angefallen.

B

Nebenbestimmungen

1. Genehmigung unter A Punkt 1

- 1.1 Baufreigabe

Die erteilte Genehmigung berechtigt nicht mit der Ausführung der Bauarbeiten zur Erweiterung der Kläranlage zu beginnen. Die Zustimmung zum Baubeginn (Baufreigabe) ist rechtzeitig bei der Unteren Wasserbehörde des Landratsamtes Erzgebirgskreis, unter Vorlag der bautechnischen Ausführungsunterlagen, gemäß den Vorschriften der Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft über die Anforderungen an Antragsunterlagen für wasserrechtliche Zulassungsverfahren und die bautechnische Prüfung von wasserwirtschaftlichen Anlagen (Wasserrechtsverfahrens- und Wasserbauprüfverordnung – WrWBauPrüfVO) vom 14.03.2019, zu beantragen.

Insbesondere sind folgende Unterlagen und Nachweise vorzulegen:

- eine geprüfte Statik für die Beckenausführungen (Kombibecken für Belebung, Nachklärung und Schlammstapel) inkl. Verteilerschacht und Schacht für RS/ÜS-Pumpwerk

Die Zustimmung zum Baubeginn steht unter dem Vorbehalt der Prüfung und Zustimmung des LRA ERZ der von dem Antragsteller noch beizubringenden Unterlagen und Nachweise sowie deren Ergänzung bzw. Überarbeitung bei Erfordernis.

- 1.2 Auflagen

- 1.2.1 Allgemein

Das Vorhaben ist plan- und bestimmungsgemäß entsprechend vorliegender Planung vom Juli 2023 nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik herzustellen.

Die Abwasseranlagen sind entsprechend den allgemein anerkannten Regeln der Technik und unter Einhaltung der einschlägigen DIN und ATV-Vorschriften so wieder Sächsischen Eigenkontrollverordnung zu errichten, zu betreiben und zu kontrollieren.

Die Baustelle ist so zu betreiben, dass eine Gefährdung von Grund- und Oberflächenwasser ausgeschlossen ist.

Auf der Kläranlage sind in ausreichender Menge Ölbindemittel zur Havarie Bekämpfung sowie ein Behälter in ausreichender Bemessung für die Aufnahme von Leichtflüssigkeiten vorzuhalten.

Die Bereitstellung des für den Betrieb der Kläranlage und dem Brandfall (Abstimmung mit der Feuerwehr erforderlich) benötigtem Wasser ist abzusichern. Für den Fall, dass eine eigene Brauchwasserhaltung über das Grundwasser vorgesehen ist, ist ein separates Wasserrechtsverfahren erforderlich.

Für die Sicherstellung einer ausreichenden Energieversorgung sind Abstimmungen mit dem Energieversorger zu führen.

Bei Anlagenstörungen, welche sich auf den Reinigungsprozess des Abwassers auswirken, ist die Zugabe von zusätzlichen Schlämmen (Fäkalien usw.) zu unterlassen.

Die Anlage ist gegen unbefugtes Betreten zu sichern.

Für den Betrieb der Kläranlage ist eine Betriebsvorschrift i.V.m. einem Alarm- und Benachrichtigungsplan für den Fall von Betriebsstörungen auszulegen und der unteren Wasserbehörde zur wasserrechtlichen Abnahme der neu zu errichteten Anlagenteile zu übergeben. Änderungen sind mitzuteilen.

Die Kläranlage oder Teile von ihr dürfen nur aus zwingenden Gründen außer Betrieb genommen werden. Von jeder, auch nur kurzfristigen Abschaltung, ist die untere Wasserbehörde zu benachrichtigen.

Die Kläranlage ist durch ausgebildetes Personal zu bedienen. Für das Personal der Kläranlage ist spätestens bis zur Aufnahme der Inbetriebnahme eine Dienst- und Betriebsanweisung vorliegen.

1.2.2 Bauausführung

Der Antragsteller hat gemäß § 57 SächsWG zur Vorbereitung, Überwachung und Ausführung des Vorhabens einen Unternehmer, einen Entwurfsverfasser und einen Bauleiter zu bestellen. Diese sind der unteren Wasserbehörde mit der Baubeginnsanzeige zur Kenntnis zu geben.

Mit Verweis auf § 13 Abs. 3 Sächsisches Kreislaufwirtschafts- und Bodenschutzgesetz sind der unteren Bodenschutzbehörde sowohl die Baugrunduntersuchung von 2005 als auch noch die zu erstellende Untersuchung zu übergeben. Des Weiteren ist der unteren Bodenschutzbehörde mitzuteilen welcher Bereich des ehemaligen Mühlgrabens im Zuge der Errichtung sowohl der Bestandskläranlage als auch der aktuell geplanten Erweiterung beräumt wurde bzw. wird, ob die Beräumung in diesem Bereich vollständig oder nur bis in eine bestimmte Tiefe erfolgt(e) und ob die beräumten Massen vollständig extern entsorgt oder in Teilen am Standort wieder eingebaut wurden bzw. werden sollen. Sollte ein Einbau der Verfüllmassen des Mühlgrabens

am Standort vorgesehen sein, so ist hier vor dem Einbau die untere Bodenschutzbehörde zu kontaktieren.

Bei Freiliegen des Baugrundes ist durch den verantwortlichen Bauleiter zu überprüfen, ob der jeweils anstehende Baugrund den Annahmen der statischen Berechnung entspricht und ob der Baugrund zweifelsfrei die Belastung ohne Schäden für die neuen Bauwerke aufnehmen kann.

Im Baugrundbereich von Auffüllungen, alter Bebauung und Altbergbau ist zur oben genannten Überprüfung grundsätzlich ein Baugrundingenieur hinzuzuziehen.

Die Baugrundabnahme ist zu dokumentieren. Das entsprechende Protokoll ist bei der Endabnahme, gemäß § 106 SächsWG, vorzulegen.

Mit Grund und Boden ist sparsam und schonend umzugehen. Bodenversiegelungen sind auf das notwendige Maß zu beschränken. Bei Einwirkungen auf den Boden sollen Beeinträchtigungen seiner natürlichen Funktion so weit wie möglich verhindert werden. Anfallender Mutterboden (humoser Oberboden) ist im vollen Umfang zu gewinnen, im nutzbaren Zustand zu erhalten und funktionsgerecht zu verwerten (§ 202 Baugesetzbuch).

Es ist dafür Sorge zu tragen, dass gemäß Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG) und Sächsischen Kreislaufwirtschafts- und Bodenschutzgesetz (SächsKrWBodSchG) schädliche Bodenveränderungen vermieden werden (Schadstoffeinträge, Vermischung mit Abfällen).

Alle bei den Arbeiten anfallenden Abfälle sind unter Wahrung des Wohls der Allgemeinheit nach Maßgabe insbesondere der §§ 7 Abs. 2, 3 und 15 Abs. 1 des Gesetzes zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (Kreislaufwirtschaftsgesetz - KrWG) und der auf dessen Grundlage erlassenen Gesetze und Verordnungen zu entsorgen (Verwertung/ Beseitigung). Die Verwertung hat Vorrang vor der Beseitigung. Der Einsatz mineralischer Abfälle (z.B. Bodenaushub und Bauschuttrecyclingmaterial) als Ersatzbaustoffe in technischen Bauwerken und die hierfür erforderlichen Untersuchungen werden dabei durch die Ersatzbaustoffverordnung geregelt. Eine Nachweispflicht über deren Entsorgung und der Umfang dazu ergeben sich aus der Nachweisverordnung.

Für Erzeuger und Besitzer von Bau- und Abbruchabfällen gelten die Regelungen insbesondere des § 8 Abs. 1 und 2 der Gewerbeabfallverordnung (GewAbfV) zum getrennten Sammeln, Befördern und Zuführen von den dort benannten Abfallfraktionen zur Wiederverwendung oder dem Recycling. Auf die Dokumentation im Sinne des § 8 Abs. 3 GewAbfV wird des Weiteren verwiesen.

Vom bauüberwachenden Bauingenieur ist zu prüfen, ob der maximal auftretende Grundwasserstand innerhalb der Lastannahmen der statischen Berechnung liegt. Die Kläranlage ist auftriebssicher einzubauen. Entsprechende Nachweise sind bei der Bauabnahme vorzulegen.

Werden während der Baudurchführung vom Baugrundgutachten abweichende Verhältnisse festgestellt, so ist der zuständige Planer oder der mit der Bauüberwachung Beauftragte sofort zu verständigen. Bei Bedarf ist der Baugrundgutachter mit Sonderleistungen, Konsultationen und Abnahmen neu zu beauftragen. Dies gilt sinngemäß auch, wenn sich Art, Größe und Lage der geplanten Bauwerke gegenüber der Vorgabe wesentlich ändern.

Für Abwasseranlagen sind grundsätzlich Betone mit besonderen Eigenschaften gemäß DIN

1045 einzusetzen. Für die Herstellung und Verarbeitung der Betone gelten somit die Bedingungen für Beton B II. Dies gilt unabhängig von der erforderlichen Fertigkeitsklasse.

Die Betonprüfung ist gemäß DIN 1048 und DIN 1084 durchzuführen.

Die allgemeinen Baugrundsätze für Bauwerke und technische Ausrüstungen für Kläranlagen gemäß DIN EN 12255 sind zu beachten.

Der Auftraggeber hat zu sichern, dass vom Prüfenieur für Statik die durchgängige Kontrolle des Bauvorhabens, insbesondere aller wesentlich tragenden Teile, gemäß WrWBauPrüfVO, wahrgenommen wird.

Die Verlegung der Rohrleitung sowie die Dichtigkeitsprüfung haben entsprechend DIN EN 1610 zu erfolgen.

Die Wasserdichtigkeitsprüfungen der Behälter (als Funktionsprüfung) sind der unteren Wasserbehörde zwei Wochen zuvor anzuzeigen.

Die Dichtigkeitsprüfungen sind am freistehenden Behälter (ohne Korrosionsschutzmaßnahmen) durchzuführen.

Vor Baubeginn ist die technische Ausführung der Dichtigkeitsprüfung, einschließlich der Prüfmedienbereitstellung, zu klären und entsprechend im Bauzeitenplan zu berücksichtigen.

1.2.3 Baubeginn

Der Baubeginn ist gemäß § 106 SächsWG der unteren Wasserbehörde anzuzeigen.

1.2.4 Bauabnahme

Die Bauabnahme, gemäß § 106 SächsWG, muss mindestens 4 Wochen vor dem geplanten Termin der unteren Wasserbehörde bekannt gegeben werden.

Mit Bekanntgabe dieses Abnahmetermins sind die vollständig ausgefüllte Anlage 1 des Abnahmescheines sowie die Dokumentation der fernsehtechnischen Befahrung von Kanalbauten und die Dichtigkeitsprüfprotokolle der unteren Wasserbehörde vorzulegen.

Zur körperlichen Bauabnahme sind die in der Anlage 2 des Abnahmescheins aufgeführten Unterlagen/Nachweise vorzulegen.

Der Unternehmensträger ist gemäß § 106 SächsWG verpflichtet, innerhalb von zwei Monaten nach Bauabnahme der unteren Wasserbehörde eine Ausfertigung der Bestandsdokumentation (gemäß DIN 2425, Teil 4) zu übergeben.

Die Dokumentation muss alle wesentlichen Informationen sowie die revidierten Projektunterlagen für Bauwerke und für Rohrleitungen, die revidierten Lagepläne und die revidierten hydraulischen Längsschnitte mit den Angaben zur Hydraulik, zum Baugrund und zu den bautechnischen Maßnahmen beinhalten. Zu den Änderungen sind alle Dokumente aus vorangegangenen Prüfungen ebenfalls vorzulegen.

Das betrifft insbesondere:

- Nutzungsbedingungen,
- statische Berechnungen und Konstruktionspläne sowie alle Prüfberichte (revidiert) sowie
- Aufzeichnungen, Bauabläufe und Kontrollergebnisse sowie Baubeschreibung und ein Betriebs- und Erhaltungsplan (Erhaltungsplan soweit erforderlich).

1.2.5 Einfahrphase

Vor der Aufnahme der Einfahrphase ist der Nachweis der Funktionstüchtigkeit der neuen einzelnen Anlagenteile zu erbringen.

Die dazu erforderlichen Prüfungen wie

- Überprüfung aller beweglichen Teile
- Kontrolle der elektrischen Anschlüsse (Drehrichtungsproblem)
- Funktionsprüfung der maschinentechnischen Ausrüstung
- Funktionsprüfung der internen Kreisläufe
- Dichtigkeitsprüfung/Druckprüfung der Rohrleitungen
- Dichtigkeitsprüfung Behälter
- Befreiung der Anlagenteile von Baustoffresten und Ablagerungsteilen

sind im Trockenlauf sowie im Nasslauf – Simulation des Kläranlagenbetriebes mit Brauchwasser – durchzuführen.

1.3 Probetrieb

Mit der Fertigstellung und Inbetriebnahme der Kläranlage beginnt die Dauer der Einfahrphase. Mit der Einfahrphase kann erst nach positivem Verlauf der Funktionsprüfung gemäß Punkt 1.2.5 begonnen werden. Die Dauer der Einfahrphase wird auf 6 Monate festgesetzt. Der Beginn der Einfahrphase ist der unteren Wasserbehörde schriftlich anzuzeigen.

Für den Zeitraum der Einfahrphase hat der Betreiber die Anlage mit der Zielstellung zu betreiben, dass eine optimale Reinigungsleistung erreicht wird. Für die Dauer der Einfahrphase gelten für die Erhebung der Abwasserabgabe die Regelungen des § 6 AbwAG. Das heißt, der Einleiter hat von Beginn der Einfahrphase gegenüber der zuständigen Behörde (Landesdirektion Sachsen) zu erklären, welche für die Ermittlung der Schadeinheiten maßgebenden Überwachungswerte er im Veranlagungszeitraum (Einfahrphase) einhalten wird.

Um nachteilige Auswirkungen bei der Erhebung der Abwasserabgabe zu vermeiden, ist mit der Abgabenbehörde (Landesdirektion Sachsen) rechtzeitig im Vorfeld die Sachlage bezüglich der notwendigen Abgabenerklärungen abzustimmen.

2. Anforderungen an das Einleiten von Abwasser

2.1 Befristung

Die wasserrechtliche Erlaubnis wird bis zum 31.12.2044 befristet.

Die Verlängerung der Erlaubnis ist mindestens 3 Monate vor Fristablauf bei der unteren Wasserbehörde zu beantragen.

2.2 Überwachungswerte / Einleitmenge

Die Kläranlage ist ausgelegt für eine BSB5-Fracht (roh) von 60 kg/d. Dies entspricht der Größenklasse 2 nach Anhang 1 der Abwasserverordnung. Danach dürfen an der festgesetzten Probenahmestelle nachfolgende Überwachungswerte nicht überschritten werden:

Chem. Sauerstoffbedarf	(CSB)	=	110 mg/l
Biochem. Sauerstoffbedarf	(BSB5)	=	25 mg/l

Zusätzlich wird der Parameter Ammonium-Stickstoff ($\text{NH}_4\text{-N}$) wie folgt begrenzt:

Ammonium-Stickstoff	($\text{NH}_4\text{-N}$)	=	10 mg/l
---------------------	----------------------------	---	---------

Folgende Abflüsse dürfen am Bezugspunkt (Probenahmeschacht Kläranlage) nicht überschritten werden:

$$Q_{\max} = 8,33 \text{ l/s bzw. } 30,0 \text{ m}^3/\text{h bzw. } 301 \text{ m}^3/\text{d}$$

Die Analysen- und Messverfahren bestimmen sich nach der Anlage zur Verordnung über Anforderungen an das Einleiten von Abwasser in Gewässer (AbwV) in der jeweils gültigen Fassung.

Die Parameterbestimmung erfolgt in der homogenisierten Originalprobe. Als Probemodus ist die qualifizierte Stichprobe festzulegen.

2.3 Probenahmestelle

Die Probenahmestelle ist im Probenahme-/Messschacht festgelegt. Die Probenahmestelle ist durch ein geeignetes Schild zu kennzeichnen.

2.4 Abwasserabgabe

Für die Ermittlung der Abwasserabgabe werden neben dem festgesetzten Konzentrationswert für Chemischen Sauerstoffbedarf und Gesamtphosphor folgender Wert für Gesamtstickstoff als Überwachungswert im Sinne von § 4 AbwAG zu Grunde gelegt.

Phosphor gesamt (Pges)	=	12 mg/l
Stickstoff gesamt (Nges)	=	70 mg/l

Die behördliche Überwachung kann bis zu dreimal jährlich erfolgen.

Die Kosten trägt nach § 108 SächsWG der Einleiter.

2.5 Jahresschmutzwassermenge

Beantrag wird eine Jahresschmutzwassermenge von 51.300 m^3 . Diese bezieht sich auf den spezifischen Wasseranfall von $150 \text{ l/EW} \cdot \text{d}$ sowie die tatsächlich angeschlossenen Einwohner.

Schmutzwasser im Sinne des Abwasserabgabengesetzes ist jedoch das durch häuslichen, gewerblichen und sonstigen Gebrauch in seinen Eigenschaften veränderte und das bei Trockenwetter damit zusammenabfließende Wasser. Fremdwasser ist mit Schmutzwasser bei Trockenwetter zusammenabfließendes Wasser. Somit ist das Fremdwasser bei der Bestimmung der Jahresschmutzwassermenge zu berücksichtigen.

Die Jahresschmutzwassermenge ist festzusetzen auf:

$$JSM = 936 \text{ EW} * (86,6 \text{ l/EW} * d + 100 \% \text{ Fremdwasser}) * 365 \text{ d} \times 0,80 \sim \mathbf{47.500 \text{ m}^3}.$$

2.6 Eigenkontrolle

Die Eigenkontrolle der Abwasseranlage hat gemäß Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landesentwicklung über Art und Häufigkeit der Eigenkontrolle von Abwasseranlagen und Abwassereinleitungen (EigenkontrollVO) in der jeweils geltenden Fassung zu erfolgen.

Abweichend wird festgelegt, dass folgende Kontrollen nur wöchentlich zu erfolgen haben:

- | | | |
|---|-------------------|--------------------------|
| - | Belebungsbecken | Schlammvolumenermittlung |
| - | Nachklärbecken | Sichttiefe |
| - | Ablauf Kläranlage | absetzbare Stoffe |

2.7 Notüberläufe und Havarien

Auf der Kläranlage sind keine Öffnungen und Ableitungen für Havariefälle vorgesehen. Gelangt dennoch nicht oder nur unzureichend gereinigtes Abwasser in das Gewässer sind unverzüglich Gegenmaßnahmen zu ergreifen und die untere Wasserbehörde zu informieren.

3. Vorbehalt

Die Entscheidung ergeht unter dem Vorbehalt des Widerrufs. Es können nachträglich zusätzliche Anforderungen gestellt werden, wenn es für das Wohl der Allgemeinheit, aus Gründen des Gewässerschutzes, zur Vermeidung von nachteiliger Wirkung des Vorhabens auf Rechte oder rechtlich geschützte Interessen von Beteiligten oder auf Grund von neuen Gesetzen und Verordnungen erforderlich ist.

C Begründung

1. Antragsunterlagen

Antrag ZWA Hainichen vom 15.07.2024 auf Erteilung der wasserrechtlichen Genehmigung zur Erweiterung der Kläranlage Grünhainichen.

Entwurfs- und Genehmigungsplanung, Stand Juli 2024, erstellt durch das Ingenieurbüro Lehmann + Partner, Rathausplatz 7, 09235 Burkhardtsdorf (Pr.-Nr.: ZWA -2106)

Diese Unterlagen gliedern sich in:

I. Textteil

Erläuterungsbericht	Unterlage I
Abwassertechnische Berechnungen der Anlagenteile	Unterlage II
Zulaufpumpwerk	
Mechanische Reinigungsstufe	
Biologische Behandlungsstufe	
Nachrechnung vorh. KA	
Berechnung der zweiten Ausbaustufe	
Auslegung Belüftungssystem	
Rücklaufschlammumpwerk	
Überschussschlammumpwerk	
Schlammspeicher	
Hydraulischer Nachweis	
Verfahrensschema	Unterlage III
EX-Zonen-Plan	Unterlage IV
EMSR-Technik	Unterlage V
Anlagenkonfigurator AUT/PLT	Unterlage V.1
Aufstellungsplan EMSR-Raum	Unterlage V.2
Messstellenliste	Unterlage V.3
Verbraucherliste	Unterlage V.4
Kostenberechnung	Unterlage VI
Bautechnik	Unterlage VI.1
Ausrüstung	Unterlage VI.2
Elektrotechnik	Unterlage VI.3
Träger öffentlicher Belange	Unterlage VII

II. Zeichnungen

Übersichtskarte	M 1:10.000	Unterlage 1
Lagepläne		Unterlage 2
Übersichtslageplan KA/PW	M 1:500	Blatt 1
Lage- und Leitungsplan KA	M 1:100	Blatt 2
Lageplan KA - Freiflächen	M 1:100	Blatt 3
Lageplan KA - Grunderwerb	M 1:200	Blatt 4
EX-Zonen-Plan KA-Erweiterung	M 1:100	Blatt 5
Lageplan PW- Mühlenstraße	M 1:100	Blatt 6
Längsschnitte		Unterlage 3
Längsschnitt - Anlagenerweiterung	M 1:100	Blatt 1
Hydraulischer Längsschnitt	M 1:100	Blatt 2
Bauwerks-/ Ausrüstungspläne		Unterlage 4
Kombibecken - Bauwerksplan	M 1:50	Blatt 1
Kombibecken - Ausrüstungsplan	M 1:50	Blatt 2
Betriebsgebäude - Ausrüstungsplan	M 1:50	Blatt 3
Schieberschacht mit MID - Bauwerksplan	M 1:25	Blatt 4
Schieberschacht mit MID - Ausrüstungsplan	M 1:25	Blatt 5
Prinzipdarstellung Molchschleuse ohne		Blatt 6

Planergänzende Unterlagen:

- Stellungnahmen im Rahmen TÖB-Beteiligung
- Fachtechnische Stellungnahme SG Siedlungswasserwirtschaft vom 26.08.2024
- Fachtechnische Stellungnahme SG Abfallrecht, Altlasten, Bodenschutz vom 09.09.2024
- Fachtechnische Stellungnahme SG Immissionsschutz vom 09.09.2024

2. Sachverhalt

Die Kläranlage Grünhainichen wurde 2007 für einen Anschluss von 500 EW neu errichtet. Es handelt sich dabei um eine Anlage zur Behandlung von kommunalem Abwasser. Das Einzugsgebiet entwässert in eine Trennkanalisation. Das PW Mühlenstraße ist das Einhebe-Pumpwerk der KA Grünhainichen.

Der tatsächliche Abwasseranschluss betrug 2019 774 EW, so dass die vorhandenen Abwasseranlagen teilweise an ihre Kapazitätsgrenzen stoßen und Erweiterungen der Abwassertransporteinrichtung sowie der Kläranlage erforderlich sind. Die Erweiterung soll für einen Anschlusswert von 1000 EW ausgelegt werden.

Die Abwasserpumpstation und die Kläranlage sind über zwei ca. 220 m lange Abwasserdruckleitungen da 90 miteinander verbunden. Damit ist bereits die hydraulische Voraussetzung für eine größere abzuleitende Abwassermenge geschaffen.

Es sind jedoch steuerungstechnische Anpassung des Pumpbetriebes und die damit verbundene Erweiterung der EMSR-Anlage notwendig. Des Weiteren sind Bauleistungen erforderlich, die einen variablen Betrieb d.h. eine automatisierte Beaufschlagung der beiden Druckleitungen ermöglicht.

Beim Bau der Kläranlage 2007 wurde bereits eine mögliche Anlagenerweiterung berücksichtigt. Die mechanische Reinigungsstufe hat eine Reinigungskapazität für einen Anschluss von 1000 EW. In der Gebläsestation wurde bereits der Platzbedarf als auch die spätere rohrtechnische Anbindung eines zusätzlichen Gebläses berücksichtigt.

Die vorhandene biologische Reinigungsstufe wurde nach dem ATV Arbeitsblatt ATV-A 131 (Ausgabe Mai 2000) für eine BSB₅-Belastung von $B_d, BSB_5 = 30 \text{ kg/d}$ bzw. 500 EW bemessen.

Die vorliegende Planung beinhaltet die Errichtung einer 2. Ausbaustufe der biologischen Reinigung. Als Reinigungsziel gilt dabei die gezielte Stickstoffelimination mit simultaner Schlammstabilisierung.

In der Vorplanung erfolgte die Nachbemessung der vorhandenen Kläranlage (1. Ausbaustufe) nach dem aktuellen Regelwerk DWA A131. Im Ergebnis dieser Nachrechnung kann festgestellt werden, dass das vorhandene Belebungsbecken auch nach dem aktuellen Arbeitsblatt DWA-A131 ausreichend dimensioniert ist, um das Reinigungsziel zu gewährleisten. Abstimmungsge-mäß kann somit die zweite Ausbaustufe baugleich zur Ersten erfolgen.

Abweichungen in der Nachberechnung wurden lediglich in der bestehenden Geometrie des Nachklärbeckens zu den Anforderungen nach den aktuellen Normen DWA-A 222 bzw. DWA-A 226 festgestellt. Dies wurde bei der Planung der 2. Ausbaustufe berücksichtigt.

Verfahrenstechnologie / Beschreibung der Maßnahme

Es ist die Erweiterung der Kläranlage von 500 EW auf 1000 EW vorgesehen. Eingesetzt wird das Belebtschlammverfahren mit simultaner aerober Schlammstabilisierung und intermittierender Nitrifikation/Denitrifikation. Die Verdoppelung der Kapazität soll durch den Bau der 2. Ausbaustufe in annähernd gleicher Dimension, wie dem Bestand, erfolgen.

Die hydraulische Durchsatzleistung der mechanischen Reinigungsstufe liegt zwischen 25 und 35 l/s. Die vorhandene mechanische Reinigung ist für die Anlagenerweiterung auf 1000 EW ausreichend dimensioniert, sodass an der Rechenanlage keine Änderungen erforderlich werden.

In der 2. Ausbaustufe ist ein Kombibecken mit folgenden Funktionseinheiten geplant:

- Belebungsbecken: $V_{BB} = 136 \text{ m}^3$
- Nachklärbecken: $V_{nutz} = 67 \text{ m}^3$
- Schlamm Speicher: $V_{eff} = 71 \text{ m}^3$
- Rücklaufschlamm-, Überschussschlamm pumpwerk
- Verteilerbauwerk

Der Ablauf zur Vorflut erfolgt weiterhin über die vorhandene Einleitstelle.

Bemessungsgrundlagen

Die Schmutzfrachtermittlung erfolgte auf der Grundlage der im DWA Arbeitsblattreihe angegebenen spezifischen Frachten und der festgelegten Ausbaugröße von 1.000 EW. Es wird ein Fremdwasseranteil von 100% angesetzt.

Bemessungsdaten

spezifische Schmutzfrachten (gemäß A 131) Rohabwasser:

Biochemischer Sauerstoff	BSB ₅	60 g/E*d
Chemischer Sauerstoffbedarf	CSB	120 g/E*d
Trockensubstanz	TS	70 g/E*d
Kjeldahl-Stickstoff	TKN	11 g/E*d
Phosphor	P	1,8 g/E*d
Anschlussgröße		1000 EW

Abwassermengen

Spezifische Schmutzwasseranfall	86,6 l/E*d
Auslegung auf Schmutzwasseranfall	150 l/E*d
Fremdwasseranfall	100 %

Bemessungszufluss: $Q_{max} = 8,33 \text{ l/s} , 30,0 \text{ m}^3/\text{h} , 301 \text{ m}^3/\text{d}$

Schmutzwasserfrachten Rohwasser

Biochemischer Sauerstoff	BSB ₅	60 kg/d
Chemischer Sauerstoffbedarf	CSB	120 kg/d

Die BSB₅-Belastung im Zulauf beträgt 60 kg/d (Ausbaugröße 1000 EW, GK 2).

klärtechnische Bemessungen

Verteilerschacht

Mit Errichtung der 2. Ausbaustufe muss eine Verteilung des Abwasserstromes auf beide Belebungsbecken erfolgen. Hierfür sind ein Verteilerschacht zu errichten und der derzeit zum BB1 führende Zulaufkanal an diesen neu anzuschließen. Für die gleichmäßige Verteilung des Abwasser-Rücklaufschlammgemisches werden zwei Teleskopschieber montiert.

Biologie

Als biologisches Reinigungsverfahren kommt das Belebtschlammverfahren mit simultaner aerober Schlammstabilisierung und intermittierender Nitrifikation/Denitrifikation zur Anwendung.

Das vorhandene Belebungsbecken hat die lichten Abmessungen $L \times B \times WT = 8,5 \times 4,0 \times 4,0$ m. Das Belebungsbecken der 2. Ausbaustufe wird baugleich zum vorhandenen Becken ausgeführt. Das gesamte Belebungsbeckenvolumen beträgt 272 m^3 . Ausgelegt ist die Anlage auf einen ISV von 100 bei einem TS_{BB} von 5 kg/m^3 . Im Becken wechseln sich die Nitrifikations- und Denitrifikationsphase ab. Der Ablauf zur Nachklärung erfolgt jeweils über einen Kelcheinlauf DN 250.

Nachklärung

Die Trennung des Belebtschlamm vom Klarwasser erfolgt im Nachklärbecken. Entsprechend der Nachberechnung des vorhandenen Nachklärbecken ist festzustellen, dass dieses ausreichend dimensioniert ist, so dass die zulässigen Werte der Oberflächen- und Schlammvolumenbeschickung sicher eingehalten werden. In Bezug auf die Geometrie ist jedoch zu beachten, dass senkrechte Wände unter dem Wasserspiegel bei Anlagen bis 1000 EW maximal 0,5 m bei Anlagen ab 1.000 EW maximal 1,0 m betragen darf. Die Geometrie des neuen Nachklärbeckens wird entsprechend DWA A 226 geplant. Die Ausrüstung erfolgt analog dem ersten Becken.

Im Sammeltrichter befinden sich die Abzugsleitungen für en RS/ÜS-Schlamm. Diese werden mittels Pumpen aus den Becken entnommen. Der Schlamm wird wahlweise in das Belebungsbecken oder den Schlammspeicher gefördert.

Rücklauf-/Überschussschlammumpwerk

Neben dem neuen Nachklärbecken wird baugleich dem ersten Becken das RS-ÜS-Pumpwerk errichtet.

Gebläsestation

Zurzeit sind zwei Drehkolbengebläse installiert. Für die Erweiterung ist bereits der Stellplatz für ein drittes Gebläse vorhanden und vorbereitet. Es wird ein baugleiches Gebläse installiert. Somit sind je Belebungsbecken ein Gebläse zugeordnet. Das dritte Gebläse steht als Reserve für beide Becken zur Verfügung.

Schlamm-speicher

Der neue Schlammstapelbehälter erhält aufgrund der der abweichenden Geometrie des Nachklärbeckens ebenfalls eine minimal abweichende Größe. Vorhanden sind 73 m³ effektives Speichervolumen. Neu errichtet sind dann zusätzlich 71 m³ effektives Speichervolumen vorhanden. Bei einem täglichen Überschussschlammanfall mit 57 kg TS/d und einer Eidickung auf etwa 2,5 % TS ergibt sich eine Speicherkapazität von ca. 2 Monaten.

Probenahme- und Einleitstelle

Die neue Ablaufleitung des Nachklärbeckens wird in den vorhandenen Ablaufschacht (Probenahme-/Messschacht) eingebunden. Im Schacht ist ein Thomson-Wehr aus Edelstahl montiert. Vor dem Wehr erfolgt die Erfassung des Wasserstandes durch eine Ultraschall-Messsonde. Die Ablaufmenge wird anhand der Überfallhöhe errechnet.

Die Ableitung der gereinigten Abwässer erfolgt über die vorhandene Einleitstelle in die Flöha.

Pumpwerk Mühlenstraße

Das Abwasser wird der Kläranlage über die vorgelagerte Pumpenstation Mühlenstraße zugeführt. Die Entfernung zwischen Pumpstation und Kläranlage beträgt ca. 210 m und ist über zwei Druckleitungen da 90 verbunden, wobei nur eine derzeit in Betrieb ist.

Zukünftig werde beide Leitungen betrieben. Für einen störungsfreien Betrieb wird nach dem Pumpwerk ein Schieberschacht mit MID und Reinigungsöffnungen errichtet.

Bodenschutzrechtliche Bewertung

Die Flurstücke 4/8 und 4/9 der Gemarkung Grünhainichen sind im Sächsischen Altlastenkataster unter der Altlastenkennziffer 81110167 mit der Bezeichnung „wilde Ablagerung Mühlenplatz“ erfasst. Hierbei handelt es sich um einen verfüllten ehemaligen Mühlgraben. Sowohl die Bestandskläranlage als auch die geplante Erweiterungsfläche befinden sich im Bereich des ehemaligen Mühlgrabens. Im Vorfeld der Errichtung der Bestandskläranlage wurde ein Baugrundgutachten (IB Eckert GmbH, 17.09.2002) erstellt. Dieses liegt der unteren Bodenschutzbehörde vor. Eine weitere Baugrunduntersuchung mit abfalltechnischer Bewertung aus dem Jahre 2005, wie im Erläuterungsbericht ausgeführt, ist der unteren Bodenschutzbehörde nicht bekannt. Für die geplante Erweiterung ist die Erstellung eines weiteren Baugrundgutachtens vorgesehen.

Immissionsschutzrechtliche Bewertung

Aus immissionsschutzrechtlicher Sicht stellt die Kläranlage Grünhainichen eine Anlage im Sinne von § 3 Abs. 5 Nr. 1 BImSchG dar (nicht genehmigungsbedürftige Anlage), für welche die Grundpflichten des § 22 BImSchG entsprechend gelten. Danach sind derartige Anlagen so zu errichten und zu betreiben, dass schädliche Umwelteinwirkungen verhindert werden, die nach dem Stand der Technik vermeidbar sind. Schädliche Umwelteinwirkungen, deren Vermeidung nach dem Stand der Technik nicht in vollem Umfang möglich ist, müssen soweit wie möglich beschränkt werden.

Schädliche Umwelteinwirkungen sind aufgrund des Abstands der Kläranlage von ca. 90 m zur nächsten Bebauung mit Schutzanspruch (das nördlich gelegene Wohngebäude Mühlenplatz 3) nicht zu erwarten.

3. Rechtliche Würdigung

Zuständigkeit

Der Erzgebirgskreis ist nach § 110 Absatz 1 SächsWG und nach § 3 Absatz 1 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) i.V.m. § 1 Verwaltungsverfahrensgesetz für den Freistaat Sachsen örtlich zuständig. Die Behörde des Landkreises ist das Landratsamt, § 1 Absatz 4 Landkreisordnung für den Freistaat Sachsen (SächsLkrO) i.V.m. § 109 Absatz 1 Nummer 3 SächsWG.

Aus der gemeinsamen Verordnung des Sächsischen Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz über Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Wasserrechts und der Wasserwirtschaft – WasserZuVO – ergibt sich für diese Entscheidung keine Zuständigkeit einer anderen Behörde oder Stelle.

Die Errichtung und Betrieb von Abwasseranlagen bedürfen einer wasserrechtlichen Genehmigung nach § 55 Absatz 2 SächsWG.

Die Ableitung von gereinigtem Abwasser in die Flöha ist eine Gewässerbenutzung entsprechend § 8 Absatz 1 Punkt 4 und bedarf einer wasserrechtlichen Erlaubnis nach § 9 Absatz 1 WHG.

Die vorliegende Planung zur Erweiterung der Kläranlage Grünhainichen entspricht im Wesentlichen den Anforderungen, die gemäß § 60 Absatz 1 WHG beim Bau und Betrieb von Abwasseranlagen zu beachten sind. Sie ist insbesondere zulässig, um nachteilige Wirkungen für das Gewässer, die Gesundheit der Bevölkerung sowie die Wasserwirtschaft zu verhüten und um sicherzustellen, dass die zum Zweck der geordneten Abwasserbeseitigung dienenden Anlagen mindestens nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik gestaltet und betrieben werden.

Um das Wohl der Allgemeinheit zu wahren, musste die wasserrechtliche Entscheidung mit Nebenbestimmungen (NB) erteilt werden. Die Rechtsgrundlage dafür findet sich in § 36 Absatz 1 VwVfG i.V.m. § 60 Absatz 1 WHG und § 55 Absatz 7 SächsWG. Danach sind Abwasseranlagen so zu errichten, zu betreiben und zu unterhalten, dass die Anforderungen an die Abwasserbeseitigung eingehalten werden.

Die in den Nebenbestimmungen enthaltenen Forderungen ergeben sich aus den Gesetzen und Verordnungen sowie den Regeln der Technik, die zum Bau und Betrieb der Kläranlage angewandt werden müssen. Durch die Nebenbestimmungen sollen insbesondere die Emissionen auf Kläranlagen auf ein unschädliches Maß herabgesetzt werden sowie den Belangen von Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz Rechnung tragen. Insgesamt sind sie erforderlich, geeignet und zweckmäßig, die Genehmigungsfähigkeit zu sichern.

Zu den einzelnen Regelungen unter B Nebenbestimmungen (NB) ist folgendes auszuführen:

Punkt 1

Die entsprechenden Nebenbestimmungen basieren auf der Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft über die Anforderungen an Antragsunterlagen für wasserrechtliche Zulassungsverfahren und die bautechnische Prüfung von wasserwirtschaftlichen Anlagen (Wasserrechtsverfahrens- und Wasserbauprüfverordnung – WrWBau-PrüfVO) vom 14.03.2019. Die WrWBauPrüfVO regelt die bautechnischen Anforderungen an An-

lagen der Wasserversorgung, der Abwasserbeseitigung einschließlich der Schlammbehandlung, wenn sie in räumlichem oder funktionalem Zusammenhang mit der Abwasserbehandlung erfolgen soll, des allgemeinen Wasserbaues und des Talsperren- und Speicherbaues, für die nach dem Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (WHG) oder dem SächsWG eine Erlaubnis, Bewilligung, Genehmigung oder Planfeststellung erforderlich ist, und deren Einhaltung.

Rechtsgrundlage für die unter 1.2.1, 1.2.2, 1.2.5 und 2.7 aufgeführten NB stellt § 60 Absatz 1 WHG dar. Danach sind Abwasserbehandlungsanlagen so zu errichten und zu betreiben, dass die Anforderungen an die Abwasserbeseitigung eingehalten werden. Im Übrigen dürfen Abwasseranlagen nur nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik errichtet, betrieben und unterhalten werden.

Die NB beruhen auch auf § 106 SächsWG i.V.m. § 100 WHG, danach hat die zuständige Wasserbehörde die ordnungsgemäße Ausführung der Baumaßnahmen und sonstige Anlagen, die nach dem Wasserhaushaltsgesetz oder dem Sächsischen Wassergesetz einer wasserrechtlichen Genehmigung bedürfen, zu überwachen.

Baubeginn und Fertigstellung sind der zuständigen Wasserbehörde rechtzeitig anzuzeigen.

Die Regelung zu Bauabnahme unter Punkt 1.2.4 werden auf Grundlage des § 106 Absatz 2 Satz 2 bzw. Absatz 3 SächsWG erlassen. Die geforderten Unterlagen sind zur Erteilung des Bauabnahmescheines und damit der Bestätigung der ordnungsgemäßen Herstellung der Anlage erforderlich.

Für die Dauer der Einfahrphase Punkt 1.3 gelten für die Erhebung der Abwasserabgabe die Regelungen des § 6 AbwAG. Das heißt, der Einleiter hat von Beginn der Einfahrphase gegenüber der zuständigen Behörde (Landesdirektion Sachsen) zu erklären, welche für die Ermittlung der Schadeinheiten maßgebenden Überwachungswerte er im Veranlagungszeitraum (Einfahrphase) einhalten wird.

Die Notwendigkeit der Begrenzung der ordnungsrechtlichen und abgabenrechtlichen Überwachungswerte sowie zur Festlegung der Jahresschmutzwassermenge gemäß 2.2 und 2.4 beruhen auf § 13 Abs. 1 WHG sowie § 1 Abs. 1 SächsAbwAG i.V.m. § 4 Abs.1 AbwAG.

Die Pflicht zur Zahlung einer Abwasserabgabe ist geregelt in § 1 AbwAG i.V.m. der Präambel des SächsAbwAG.

Das Verdünnungs- und Vermischungsverbot ergibt sich aus § 3 AbwV, die Analysen- und Messverfahren aus § 4 AbwV und der Bezugspunkt der Anforderungen aus § 5 AbwV.

Die Kostentragungspflicht für die im Rahmen der Gewässerüberwachung regelmäßig durchzuführenden Untersuchungen ist in § 108 Abs. 3 SächsWG geregelt.

Die Befugnisse im Interesse der behördlichen Überwachung beruhen auf § 107 SächsWG. Die Pflicht zur Duldung der behördlichen Überwachung ergibt sich weiterhin aus § 101 WHG

Punkt 3

Der Widerrufsvorbehalt entsprechend § 36 Absatz 2 Nummer 3 VwVfG gibt der Behörde die Befugnis, bei

Vorliegen bestimmter, im Verwaltungsakt selbst oder in Rechtsvorschriften näher bezeichneter Umstände oder nach den allgemeinen für die sachgemäße Ausübung des Ermessens geltenden Grundsätzen, den Verwaltungsakt, dem der Widerspruchsvorbehalt beigelegt ist, ganz oder teilweise gemäß § 49 Absatz 2 Nummer 1 VwVfG oder nach den entsprechenden Vorschriften zu widerrufen und dadurch seine Wirksamkeit zu beenden.

Der Vorbehalt nachträglicher Auflagen bzw. der Änderungen oder Ergänzung von Auflagen nach § 36 Absatz 2 Nummer 5 VwVfG, gibt der Behörde die Befugnis zu entsprechenden Anordnungen – einschließlich einer Erweiterung und Verschärfung bestehender Auflagen nach Erlass des Verwaltungsaktes. Dies ist vor Allem in Fällen von Bedeutung, in denen sich die Auswirkungen des Vorhabens auf nicht voll übersehen lassen.

Kostenentscheidung

Die Kostenentscheidung beruht auf § 12 Sächsisches Verwaltungskostengesetz (SächsVwKG), erlassen als Artikel 1 des Gesetzes zur Neuordnung des Verwaltungskostengesetzes des Freistaates Sachsen (Sächsisches Verwaltungskostenneuordnungsgesetz) vom 05.04.2019. Die Kostenfreiheit beruht auf § 12 Absatz 1 Nummer 3 SächsVwKG, wonach die Gemeinden, die Landkreise und sonstige kommunale Körperschaften des öffentlichen Rechts, die der Rechtsaufsicht des Freistaates Sachsen unterstehen, von der Zahlung der Gebühren für individuell zu-rechenbare öffentlich-rechtliche Leistungen befreit sind. Auslagen sind nicht angefallen.

D

Hinweise

1. Für die erlaubten Gewässerbenutzungen und die wasserrechtliche Genehmigung sind die einschlägigen Vorschriften des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG), des Sächsischen Wassergesetzes (SächsWG) und der Sächsischen Bauordnung (SächsBO) mit den dazugehörigen Verordnungen maßgebend. Die hiernach bestehenden Rechte, Verpflichtungen und Vorbehalte sind in den unter Punkt IV genannten Auflagen und Bedingungen grundsätzlich nicht gesondert aufgeführt.
2. Es wird empfohlen, dass im Zuge des Genehmigungsverfahrens die Stellungnahme des Gewerbeaufsichtsamtes sowie der Berufsgenossenschaft zur vorliegenden Planung eingeholt wird.
3. Den Bediensteten der unteren Wasserbehörde und der Landesdirektion Sachsen ist gemäß § 101 WHG jederzeit Zutritt zu den Anlagen zu gewähren. Auf Verlangen sind Auskünfte zu erteilen, Arbeitskräfte, Unterlagen und Werkzeuge zur Verfügung zu stellen und technische Prüfungen und Ermittlungen zu ermöglichen.
4. Die Abwasseranlagen sind entsprechend den allgemein anerkannten Regeln der Technik und unter Einhaltung der einschlägigen DIN und DWA-Vorschriften sowie der Sächsischen Eigenkontrollverordnung vom 7. Oktober 1994 (SächsGVBl. S. 1592), die zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 12. Juli 2013 (SächsGVBl. S. 503) geändert worden ist, zu errichten, zu betreiben und zu kontrollieren.
5. Wasserrahmenrichtlinie

Das Vorhaben dient der Umsetzung der Ziele und Vorgaben der Wasserrahmenrichtlinie und damit dem Erreichen des guten ökologischen und chemischen Zustandes der Flöha an der Mess-

stelle OBF37310 (Flöha2). Die Umsetzung der Maßnahme ist Bestandteil des Maßnahmenprogrammes nach WRRL (Sächsische Hintergrunddokumente). Durch zusätzliche Nährstoffreduzierungen bei der Komponente N ist eine Verbesserung des Gewässerzustandes zu erwarten. Ein Verstoß gegen die Bewirtschaftungsziele nach § 27 Absatz 1 WHG kann ausgeschlossen werden.

6. Naturschutz

Der landschaftspflegerische Begleitplan für das Bauvorhaben liegt zur Prüfung und Stellungnahme im SG Naturschutz. Eventuelle Forderungen seitens des SG Naturschutz werden nachgereicht.

E

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist beim Landratsamt Erzgebirgskreis, Paulus-Jenisius-Straße 24, 09456 Annaberg-Buchholz schriftlich oder zur Niederschrift einzulegen. Der Widerspruch kann auch bei jedem anderen Dienstgebäude des Landratsamtes Erzgebirgskreis schriftlich oder zur Niederschrift eingelegt werden.

Die Schriftform kann durch die elektronische Form ersetzt werden. In diesem Fall ist das elektronische Dokument mit einer qualifizierten elektronischen Signatur zu versehen und an die E-Mail-Adresse signatur@kreis-erz.de zu senden. Die Schriftform kann auch durch die absenderbestätigte Versendung eines elektronischen Dokuments nach § 5 Abs. 5 De-Mail-Gesetz an die DE-Mail-Adresse postfach@kreis-erz.de ersetzt werden.

Hinweis zur Rechtsbehelfsbelehrung:

Eine Erhebung des Widerspruchs durch eine einfache E-Mail ist nicht möglich, die erforderliche Form des Widerspruchs ist damit nicht gewahrt. Weitere Einzelheiten zum Zugang für elektronisch signierte sowie verschlüsselte elektronische Dokumente sind auf der Homepage des Erzgebirgskreises, unter www.erzgebirgskreis.de im Punkt „Kontakt“ zu finden.

i.A.



Gartmann
Sachbearbeiter

Anlage:

Bestätigte Planungsunterlagen
Anlage 1 und 2 zur Bauabnahme
Empfangsbestätigung

Mehrfertigungen an:

LRA ERZ SG Wasserrecht 2x
Landesdirektion Sachsen Ref.41, Altchemnitzer Straße 41, 09112 Chemnitz nur per Mail
Ingenieurbüro Lehmann & Partner, Rathausstraße 7, 09235 Burkhardtsdorf per Mail

Anlage 1 zum Abnahmeprotokoll Nr....

(Zutreffende Angaben sind vom Bauherren auszufüllen! Bei Bedarf bitte separates Blatt anfügen!)

1. Bezeichnung des Vorhabens:

2. Teilvorhaben/nutzungsfähiger Abschnitt:

2.1 Abwasserableitung

2.1.1 Mischwasserkanal

Schacht Nr. bis Schacht Nr.	Entfernung in m	Durchmesser in mm	Material
-----------------------------	-----------------	-------------------	----------

2.1.2 Schmutzwasserkanal

Schacht Nr. bis Schacht Nr.	Entfernung in m	Durchmesser in mm	Material
-----------------------------	-----------------	-------------------	----------

2.1.3 Regenwasserkanal

Schacht Nr. bis Schacht Nr.	Entfernung in m	Durchmesser in mm	Material
-----------------------------	-----------------	-------------------	----------

2.1.4 Druckleitung

Mischwasser ☐ Schmutzwasser ☐

Schacht Nr. bis Schacht Nr.	Entfernung in m	Innendurchmesser in mm	Material und PN
-----------------------------	--------------------	---------------------------	-----------------

2.1.5 Pumpwerk

geodätische Förderhöhe	Anzahl der Pumpen	Bauweise	Pumpensystem (Fabrikat)	Q_{\max} (Pumpe)
---------------------------	----------------------	----------	----------------------------	--------------------

manometrische Förderhöhe	Havariestauraum vorhanden ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/>	Größe [m ³]
-----------------------------	--	----------------------------

Notüberlauf vorhanden ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/>	automatische Erfassung von Überlaufereignissen ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/>
--	---

Störmeldeeinrichtung vorhanden:	ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/>
---------------------------------	---

Wohin erfolgt die Störungsmeldung?

Art der Übertragung:

2.2

Regenwasserbehandlung

im Mischsystem

☐

im Trennsystem

☐

- Regenüberlauf ☐
- Regenüberlaufbecken ☐

- Regenrückhaltebecken ☐
- Regenklärbecken ☐

2.2.1 allgemeine Angaben

- Lage im Verkehrsbereich:
- Bauweise: monolithisch ☐

ja ☐
Fertigteile ☐

nein ☐
Erdbauweise ☐

- max. Q_{zu} im Bemessungsfall [l/s]:
- eingestellte Drosselmenge [l/s]:
- Art der Drossel (Fabrikat):

2.2.2 Regenüberlauf

$Q_{krit} =$ l/s $Q_{Entlastung} =$ l/s

Erfassung von Überläufen: ja ☐ nein ☐

2.2.3 Regenüberlauf-, Regenrückhalte- und -klärbecken

- Anordnung: im Hauptschluss ☐ im Nebenschluss ☐
- mit Freigefälleentleerung ☐ mit Pumpenentleerung ☐
- Reinigungseinrichtung vorhanden: ja ☐ nein ☐
Art/Fabrikat:
- Erfassung von Überläufen/Füllständen: ja ☐ nein ☐
- Nutzvolumen [m³]:

Regenüberlaufbecken

Fangbecken ☐

Durchlaufbecken ☐

- $Q_{BÜ} =$ l/s

- $Q_{KÜ} =$ l/s

- $Q_{BÜ} =$ l/s

Regenrückhaltebecken

- mit Teildauerstau: ja ☐ nein ☐
Höhe des Teildauerstaus [m]:
- Ableitung der Notüberläufe erfolgt
☐ über Ablaufleitung ☐ über Gelände ☐ direkt ins Gewässer

Regenklärbecken

$Q_{krit} =$ l/s vorgeschaltetes Trennbauwerk: ja ☐ nein ☐

2.2.4 Störmeldeeinrichtung für Regenbecken

vorhanden ja ☐ nein ☐

Wohin erfolgt die Störungsmeldung?

Art der Übertragung

3. **Örtliche Lage:**
Stadt/Gemeinde: Ortsteil:
Zweckverband: Landkreis:
4. **Bauherr:**
5. **Entwurfsverfasser:**
6. **Submissionssumme (Baukosten Brutto):**
7. **Fördermittel**
Vorhabensnr.:
Datum und AZ der(s) Bewilligungsbescheide(s):
8. **Ausführende(s) Unternehmen
und Nachunternehmer:**
9. **Örtliche Bauüberwachung:**
10. **Aufsteller der Ausführungspläne:**
11. **Aufsteller der statischen Berechnungen:**
12. **Prüfer der statischen Berechnungen:**
13. **Freigabe der Ausführungspläne durch:**
14. **Genehmigung des Vorhabens/ Genehmigungsfrei-Erklärung:**
Datum:
Aktenzeichen:

Es wird bestätigt, dass

- die hydraulische Funktionsfähigkeit der errichteten Anlagen auf der Grundlage der Bemessungswerte der Genehmigungsplanung gesichert ist.
- die Baugrundabnahmen erfolgten und die eingebaute Rohrlagerungsart bzw. die Gründungen der Bauwerke den festgestellten Baugrundverhältnissen entsprechen.
- die Abwasseranlagen auf der Grundlage der wasserrechtlichen Entscheidung nach den a. a. R. d. T. mängelfrei errichtet wurden.

Datum:

Unterschrift:

Bauherr

Bauoberleitung

Anlage 2 zum Abnahmeprotokoll Nr....

(Zur Information über erforderliche Nachweise. Die Zutreffenden sind zum Ortstermin durch den Bauherren vorzulegen.)

Vorgelegte Nachweise zur Bauausführung:

- **Sohl- sowie alle hydraulisch relevanten Ist-Höhen mit hydraulischem Nachweis der Funktionssicherheit durch den Entwurfsverfasser oder einen Sachverständigen (Bestandsunterlagen nach DIN 2425, Teil 4)**
- **Protokolle der Dichtheitsprüfungen der Kanalisationen**
- **Protokolle der Dichtheitsprüfungen der Bauwerke (Bauwerk wassergefüllt, freistehend)**
- **durchgeführte Prüfungen des gebäudetechnischen Teils**
- **Rohrstatiken der Kanalisation (Nachweisführung entsprechend ATV, z. B. A 127)**
- **Baugrundabnahmen**
- **Prüfstatik für die Bauwerke**
- **Nachweise über die Bewehrungsabnahme**
- **Nachweise zur geforderten Betongüte / -eigenschaften**

- **besondere Vorkommnisse während der Errichtung des Bauwerkes**

- **Abnahmebescheinigungen anderer Ämter/Behörden liegen vor**
 - ja / nein
 - ☐ ☐ Unfallkasse Sachsen / Abteilung Arbeitsschutz des RPC / Berufsgenossenschaft
 - ☐ ☐ Gewässerunterhaltungspflichtiger
 - ☐ ☐ Bauordnungsamt / zuständige Bauaufsichtsbehörde
 - ☐ ☐ Immissionsschutzbehörde
 - ☐ ☐ Im Zusammenhang mit der Baumaßnahme stehende Rechtsträger / Betreiber von
Bauanlagen z. B. DB AG, Straße; Energie; Schornsteinfeger; TÜV usw.

- **Betriebsanweisung für Kläranlagen / Pumpwerke / Abwasserableitungs- und Regenwasserbehandlungsanlagen**

- **Havarieplan für die Kläranlage / das Pumpwerk / das Regenbecken**

- **Nachweis zur Drosseleinstellung bei RÜ / RÜB / RRB**

- **durchgeführte Funktionsprüfungen**

- **Angaben zur Klärschlammentsorgung**

- **Videoprotokolle**

Datum

Unterschrift Bearbeiter LRA Erz, Ref. 31, SG 315

**Zweckverband
Kommunale Wasserver- und Abwasserentsorgung
Mittleres Erzgebirgsvorland
Käthe-Kollwitz-Straße 6
09657 Hainichen**

Landratsamt Erzgebirgskreis
Abteilung 3 Umwelt, Verkehr und Sicherheit
Referat Umwelt und Forst
SG Siedlungswasserwirtschaft
Paulus-Jenisius-Straße 24
09456 Annaberg-Buchholz

Empfangsbestätigung

Ich bestätige den Empfang der wasserrechtlichen Entscheidung vom 02.12.2024 zum Vorhaben Erweiterung Kläranlage Grünhainichen mit dem Aktenzeichen

✓ **71793-2024-640**

vom Landratsamt Erzgebirgskreis, Referat Umwelt und Forst – SG Siedlungswasserwirtschaft.

D. Ti


Pötzsch
Technischer Geschäftsleiter
Zweckverband
„Kommunale Wasserver-/Abwasserentsorgung
Mittleres Erzgebirgsvorland“
Käthe-Kollwitz-Straße 6, 09661 Hainichen

09.12.2024
.....
Datum

.....
Unterschrift

SENDEBERICHT

ZEIT : 10/12/2024 10:19
NAME : ZWA HAINICHEN
FAX : 03720764100
TEL :
S-NR. : E71276C5J921203

DATUM/UHRZEIT	10/12 10:19
FAX-NR./NAME	037338316196
Ü.-DAUER	00:00:25
SEITE(N)	01
ÜBERTR	OK
MODUS	STANDARD